

Auer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Schlesische Zeitung für das Erzgebirge
mit den Anzeigen für das Erzgebirge
ausgegeben am Sonntag den 26. Juli 1925.
Preis 10 Pf. — Einzelheft 5 Pf.

Verleger: Dr. Hermann
Böhmert für den Verlag des
Auer-Tageblattes, vormals
Karlmann-Verlag, vormals
Karlmann-Verlag, vormals
Karlmann-Verlag.

Verleger: Carlmann Auergebirgs. Enthaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Auer. Postfach-Nummer: Auer Leipzig Nr. 1940

Nr. 172

Sonntag, den 26. Juli 1925

20. Jahrgang

Erfolge Abd el Krims vor Fez.

Die Franzosen räumen zwei Stellungen. — Ein offener Brief Abd el Krims.

Die Franzosen räumen zwei Stellungen in der Gegend von Fez. Außerdem ist die Stellung von Medina, Tannat, Ain Matouf, Ain Aicha und Er-Rada Tija von den Franzosen eingenommen. Flugzeuge verproviantieren die eingeschlossenen Truppenteile mit Lebensmitteln, Eis, Munition und Medikamenten. Hierfür fliegen die Franzosen die Besatzer von Matouf, das am meisten bedroht ist, doch konnten auch Hilfslinien nicht durch die feindliche Linie gezogen werden.

London, 24. Juli. Abd el Krim hat an die ägyptische Zeitung „Al-Nassif“ einen offenen Brief geschrieben, der an das französische Parlament adressiert ist. Der Brief ist heute in der Zeitung veröffentlicht. Abd el Krim sagt darin, daß die Alliierten keine Presse hätten, in der sie die Welt über ihre Lage aufklären könnten. Er protestiert gegen die Nachrichten, die über ihn in Umlauf gesetzt werden. Als er 1923 in Frankreich war, sagte er zu Poincaré und indirekt auch zu Poincaré, daß er freundschaftliche Beziehungen wünsche und daß er vor Frankreich nur Achtung habe. Er hätte mit allen in seinen Kräften stehenden Mitteln versucht, mit Marshall Dhauteh zu einer Verständigung zu kommen, aber dieser habe sich immer geweigert, seine gerechten Forderungen in Erwägung zu ziehen. Als wir sahen, führt Abd el Krim aus, daß Marshall Dhauteh in unser Land einrückte, um es zu annektieren, da merkten wir, daß die Welt freundschaftlicher Verhandlungen vorbei war. Während der vergangenen zwei Jahre hat Marshall

Dhauteh die Schwärme gegen uns aufbehalten. Wir haben aber das Feuer nicht eher eröffnet, als bis uns die Franzosen bombardierten und Flugzeuge unsere Stämme mit Bomben bewarfen.

Abd el Krim sagt weiter, daß er niemals gegen Frankreich gekämpft haben würde, wenn es für die Alliierten nicht wesentlich wäre, ihr Leben zu erhalten. Es sei eine Schande, daß sich zwei große Mächte wie Frankreich und Spanien zusammenschließen, um gegen eine kleine Nation zu kämpfen, die nur ihre Rechte und ihre Unabhängigkeit verteidigt. Abd el Krim leugnet, daß an dem Feldzug Europäer oder Bolschewisten teilnehmen, und er drückt am Schluß des Artikels seine Achtung und Sympathie für das französische Parlament und seinen Wunsch nach Frieden aus.

Die spanisch-französische Marokkokonferenz.

Paris, 24. Juli. Havas berichtet aus Madrid: Die französische und die spanische Delegation der Marokkokonferenz haben gestern vormittag eine Sitzung abgehalten nach deren Beendigung General Jordana erklärte, daß die Delegation am Nachmittag von neuem zusammentreten würden. Er bemerkte dabei, daß die Diskussion über die Grenzfragen am schwierigsten sei.

Spanische Kriegsschiffe nach Spanien.

Paris, 24. Juli. Vier Kriegsschiffe der spanischen Nordflotte sollen, wie Havas erzählt, nach Spanien entsandt werden.

Deutsche Verhandlungsbereitschaft.

Von Dr. Aall, M. d. R.

Rein quantitativ gesehen ist die Arbeit, die Reichstag und Reichsregierung jetzt bei 85 Grad Hitze leisten, außerordentlich beachtlich. Wenn man jedoch mit kritischem Blick dieses ganze Getriebe betrachtet, wird man sehr häufig an ein Wort von Gertraud Bäumer erinnert, die in ihrem tiefen und geistvollen Werke „Die geistige Krise“ einmal sagt: „Wem kommt nicht einmal im Reichstag die Vorstellung, daß das alles etwas Unwirkliches, Marionettenhaftes hat. Überall diesen Energien, Betriebsamkeiten, Aufregungen hängt irgendwo der Fluch der Unfruchtbarkeit. Die Gedanken bleiben machtlose Worte, Dunstgebilde ohne Schwere, sterile Gedankenblänge, Spielzeuge des Intellekts. Auch über dem neuesten Akt Stresemannscher Betriebsamkeit, der Antwortnote an Briand, und über die Behandlung der Note im Reichstage, hängt irgendwo der Fluch der Unfruchtbarkeit.“ In der Tat, wer von der deutschen Antwortnote irgend etwas besonderes erwartet haben sollte, wird sich schwer enttäuscht fühlen. Wir hatten bereits vor einigen Wochen darauf hingewiesen, daß auf die Note Briands hin vor dem auswärtigen Ausschuss des Reichstages, vor dem Ministerpräsidenten der deutschen Einzelstaaten und vor dem Reichstag „mit der gebotenen Vorsicht“ allerhand schöne außenpolitische Erwägungen angestellt würden, daß aber als Ergebnis aller dieser Erwägungen wohl kaum eine außenpolitische Tat auf Seiten Deutschlands zu verzeichnen sein werde. Unsere Befürchtungen haben sich leider reiflos erfüllt.

Die deutsche Antwortnote ist weiter nichts als wiederum ein leises Abtauen der außenpolitischen Fronten Frankreichs und Englands. Irgendwelche klare Zielsetzung oder irgendwelche nicht verlausulierten bestimmten programmatischen Vorschläge sind in der Note nicht enthalten. Selbst der Gedanke einer Konferenz zur Regelung der schwebenden Fragen kommt nur verschwommen und unklar zum Ausdruck. Geradezu kindlich wirkt es, wenn in der Note mit viel Weitsehigkeit und einem gewissen Behagen festgestellt wird, daß die Alliierten Willens sind, in einen gegenseitigen Meinungsaustausch einzutreten, und wenn weiterhin festgestellt wird, daß die Note Briands den deutschen Anregungen eine andere Richtung gegeben habe. Anstatt die deutsche Stellungnahme zu den von Briand neu in die Debatte geworfenen Punkten zu kennzeichnen und ein eigenes Verhandlungsthema aufzustellen, beschränkt sich die deutsche Note auf eine allgemeine Aeußerung zu einzelnen grundsätzlichen Fragen und behält sich ihre Stellungnahme zu den einzelnen Punkten bis zu den endgültigen Verhandlungen vor.

Offenbar ist die außenpolitische Taktik Stresemanns bei der ganzen Sache durch innerpolitische Rücksichtnahmen auf die Deutschnationalen gelähmt. Sicherheitspakt, Schiedsverträge und Völkerbund sind Dinge, an die sich ein deutschnationales Gemüt nur langsam gewöhnen kann. Vielleicht gelingt es dem Reichkanzler Dr. Luther, die Deutschnationalen auch noch nach dieser Richtung hin einzuspannen, nachdem er sie in anderer Beziehung ja mehrfach gedündigt hat. Stresemann jedenfalls würde dieses Kunststück nicht fertig bringen. Er scheint durch seine Note lediglich Zeit gewinnen zu wollen, um die Gegenseite solange im Stadium der Verhandlungsbereitschaft zu erhalten, bis die deutsche Regierung selbst handlungsfähig wird. Unseres Erachtens hätte die ganze Note einen außerordentlich kurzen Inhalt haben und folgendermaßen lauten können:

Die deutsche Regierung hat die von Sr. Excellenz dem französischen Botschafter, Herrn de Margerie am 16. Juni überreichte Antwort auf das deutsche Memorandum vom 9. Februar der erforderlichen Prüfung unterzogen. Sie entnimmt aus der Antwort, daß die französische Regierung und ihre Verbündeten eine große Zahl von Einzelfragen, die in der deutschen Note nicht berührt waren, zum Gegenstand eines gegenseitigen Meinungsaustausches machen wollen. Für die deutsche Regierung kommt es im gegenwärtigen Augenblick lediglich darauf an, eine endliche Klärung über die Grundlagen einer gegenseitigen friedlichen Verständigung zu erlangen. Die deutsche Regierung verspricht sich von einem weiteren Austausch von Noten irgendwelchen greifbaren Erfolg nicht, sondern glaubt, daß durch persönliche Verhandlung der beteiligten Regierungen am sichersten und schnellsten die erforderliche Klärung herbeigeführt werden kann. Wir erlauben uns deshalb, die französische Regierung und die Regierungen ihrer Verbündeten zu einer Konferenz nach Berlin einzuladen und schlagen als Tagesordnung für die Konferenz vor:

- 1.) Die Frage der Räumung der besetzten Gebiete,
- 2.) die Klärung der Voraussetzungen des von Deutschland grundsätzlich gewünschten Eintritts in den Völkerbund,
- 3.) die Festlegung des gegenseitigen Sicherheitspaktes zwischen den beteiligten Mächten,
- 4.) die Festlegung des Systems von Schiedsverträgen im Falle von Konflikten zwischen den Vertragsmächten.

Als Termin für die Konferenz schlagen wir den 1. Sept. 1925 vor; wir werden unsere Botschafter ermächtigen, wegen der Einzelheiten vorher mit den Regierungen der Verbündeten in Verbindung zu treten.

Empfänge beim Reichspräsidenten.

Berlin, 24. Juli. Der Reichspräsident empfing heute als Vertreter der Arbeitsgemeinschaft der freien geistigen Berufe Geheimrat Dr. Herzau-Berlin (Vertreter der Ärzte), Rechtsanwalt Dr. Krämer (Vertreter der Anwaltschaft), Architekt Erdg-Hannover (Vertreter der Architekten und Ingenieure) und Hofrat Dr. Bösch (Vertreter der Künstler). Die erschienenen Herren sprachen namens der Arbeitsgemeinschaft der freien geistigen Berufe dem Reichspräsidenten Glückwünsche für seine Amtsführung aus, berichteten über Ziele und Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft und die Sorgen und Wünsche der einzelnen in ihr zusammengefaßten Berufsstände.

Der Reichspräsident empfing heute ferner den Vorstand des Bundes der Saar-Bereine anlässlich seiner heute hier stattfindenden Tagung. An dem Empfang nahmen der Vorsitzende, Oberlandesgerichtsrat Andres-Samburg, Bergwerksdirektor Tröge-Berlin, Regierungspräsident Dr. von Galfern-Silbesheim, Frau Geheimrat Queck-Charlottenburg und der geschäftsführende Verwaltungsdirektor Vogel-Berlin teil. Die Abordnung dankte dem Reichspräsidenten für die Übernahme des Protektorates über die diesjährige Saar-Rundgebung und erstattete Bericht über die Tätigkeit des Saar-Bereins.

Die Notlage des Saargebietes.

Saarbrücken, 24. Juli. Die Landtagsfraktion des Zentrums und der deutsch-saarländischen Volkspartei, die Stadtverordnetenversammlung von Saarbrücken und die Handelskammer Saarbrücken haben den Auswärtigen Ausschuss des Reichstages telegraphisch ersucht, im Hinblick auf die Notlage des Saargebietes für die Annahme des Saar-Wirtschaftsabkommens einzutreten. Zur Vertretung der Ablehnung des Saar-Abkommens haben der Christliche Metallarbeiterverband und der Deutsche Metallarbeiterverband im Saargebiet an den handelspolitischen Ausschuss des Reichstages ein Telegramm geschickt, in dem es heißt: Die unterzeichneten Organisationen ersuchen um Zustimmung zum Saar-Abkommen. Schon jetzt ist die Lage für deutsche Arbeiter im Saargebiet unerträglich. Ablehnung des Abkommens bedeutet Katastrophe und Verelendung von fast der ganzen Saarbevölkerung, die abermüdet aus Arbeitnehmern besteht. Gleichzeitig wurden an den Auswärtigen Ausschuss des Reichstages und an verschiedene den Gewerkschaften nahestehende Parlamentarier entsprechende Telegramme geschickt.

Die Stadtverordnetenversammlung hat in ihrer gestrigen Sitzung eine Entschließung gefaßt, die u. a. auch dem französischen Arbeitsminister übermittelt werden soll, in der es u. a. heißt: Die Realeinkommen der breiten Volksschichten haben sich in den letzten 3 Jahren infolge der Umwertung des Franken ständig verschlechtert. In der Bevölkerung hat eine verzweifelte Stimmung Platz gegriffen, die, wenn nicht schnellste Abhilfe

geschaffen wird, zu schweren Katastrophen führen muß. Die Stadtverordnetenversammlung erwartet, daß alle verantwortlichen Stellen den Ernst der Lage erkennen und durch eine allgemeine der Tenuerung entsprechende Lohnsenkung eine Entspannung der Lage herbeiführen werde. Die von den Gewerkschaften gestellten Lohnforderungen erkennt die Stadtverordnetenversammlung als berechtigt an.

Reichsregierung und große Wirtschaftsverbände.

Berlin, 24. Juli. In der Reichstagskammer fand heute unter dem Vorsitz des Reichskanzlers und in Anwesenheit des Reichswirtschaftsministers, des Reichsarbeitsministers und des Reichsbankpräsidenten eine Aussprache mit Vertretern der Rheinisch-Westfälischen Kohlen- und Eisenindustrie, des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und des Industrie- und Handelskongresses statt. Es wurde die gesamte wirtschaftliche und finanzielle Lage der deutschen Wirtschaft, insbesondere der Rohstoff- und Eisenindustrie besprochen. Dabei bestand Uebereinstimmung darüber, daß es darauf ankommt, Mittel und Wege zu finden, um allen Produktionszweigen wieder auf die Dauer eine Wirtschaftlichkeit zu sichern. Festgestellt werden konnte, daß ausichtsreiche Verhandlungen über die Ermöglichung einer allmählichen Abstoßung der Halbenbestände des Steinkohlenbergbaues im Gange sind. Die Industrievertreter betonten, daß die Belastung mit sozialen Abgaben, Steuern und Zinsen in der gegenwärtigen Höhe nicht länger erträglich sei. Diese Fragen wurden eingehend erörtert. Die Diskussion erstreckte sich auch auf die Fragen der Preisbildung, des gesamten Verteilungsapparates und der Ausgabewirtschaft der öffentlichen Hand, insbesondere der Gemeinden. Die Lage der Wirtschaft soll von allen beteiligten Kreisen gemeinsam weiter geprüft werden. Es war die einmütige Auffassung, daß nur eine wirksame Produktionssteigerung Arbeitgeber und Arbeitnehmer aus der gegenwärtigen bedrohlichen Lage herausführen kann.

Rundgebung gegen die Zollvorlage.

Berlin, 25. Juli. Im Herrenhaus hatten sich gestern Vertreter des Einzelhandels, des Großhandels, des Handwerks und der verarbeitenden Industrien versammelt, um zu der Zollvorlage Stellung zu nehmen. Es wurde ein ständiger Ausschuss für Handelspolitik gebildet. Nach längerer Aussprache wurde eine Entschließung angenommen, die sich gegen alle Zollbindungen in Gestalt von Mindestzöllen wendet und fordert, daß die Höhe der kleinen Zollvorlage in den Handelsvertragsverhandlungen gegen ausreichende Kompensationen erheblich herabgesetzt werden. Weiter wird gefordert, daß die Verbände der verarbeitenden Industrien, des Handels und Handwerks sowie Vertreter der Verbraucherschicht zu den Vorbesprechungen für die angelegte große Zollvorlage hinzugezogen werden.